

Anfragen per Mail

Einreicher

Frau Harding – Gemeindevertreterin

Betreff

Richtlinie Kitabetreuung

Fragen an den Bürgermeister

im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz der Landesregierung, das unter anderem die Aufhebung der bereits 2023 beschlossenen Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kinder unter drei Jahren sowie den Wegfall der Richtlinie Kita-Betreuung ab 2026 vorsieht, ergeben sich erhebliche Unsicherheiten und mögliche Konsequenzen für die Kitalandschaft unserer Gemeinde. Wir bitten daher um Auskunft zu folgenden Punkten:

1. Welche konkreten Auswirkungen haben die geplanten Änderungen auf die Einrichtungen in unserer Gemeinde?
2. Welche Kitas wären vom Wegfall der Richtlinie Kita-Betreuung (insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung der langen Öffnungszeiten) betroffen?
3. Mit welchen Veränderungen hinsichtlich der Personalplanung rechnen Sie aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen in Kombination mit der ausbleibenden Verbesserung des Betreuungsschlüssels?
4. Wie bewertet die Verwaltung die Chancen, die sich aus den rückläufigen Kinderzahlen zur qualitativen und personellen Weiterentwicklung der Kitas ergeben könnten?
5. Welche Maßnahmen plant die Gemeinde, um die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung trotz der angekündigten Kürzungen aufrechtzuerhalten oder sogar zu verbessern?

Eine gute Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung sind zentrale Zukunftsaufgaben, die nicht unter kurzfristigen Einsparmaßnahmen leiden dürfen. Die geplanten Änderungen stellen unseres Erachtens eine erhebliche Belastung für die Einrichtungen, das Personal sowie für Familien in unserer Gemeinde dar. Daher ist eine frühzeitige und umfassende Information über die lokale Umsetzung von großer Bedeutung.

Datum: 16. Mai 2025



Antwort des Bürgermeisters

Datum: 20. Mai 2025

zur Anfrage

Die Gemeinde, als Trägerin der Einrichtungen, wird sich erst nach Festlegung für diesen Bereich befassen. Derzeit sind die Auswirkungen nicht geplant. Konkrete Änderungen sind derzeit noch nicht bekannt. Soweit sich Auswirkungen auf die Einrichtungen ergeben, wird dazu ausführlich im zuständigen Fachausschuss informiert und ggf. durch die Gemeindevertretung beraten. Derzeit handelt es sich um Mutmaßungen. Diese bilden für die Verwaltung keine Handlungsgrundlage.

